

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 4 0/0 Mark, monatlich 0 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 0 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Briefetal-Bote, Birtenwerder, Bahnhof-Allee 3 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die schlagfertige Preisliste folgt 0 Pfennig, die Reklamierliste 50 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birtenwerder Nr. 5
Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birtenwerder.

Nr. 96 | Volsted-Ronto: Berlin 62 448. | Donnerstag den 18. August 1921. | Volsted-Ronto: Berlin 62 448. | 20. Jahrg.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Der Amtsvorsteher Birtenwerder.

1 Brieftaube als entflohen, 1 braune Damenhandtasche als gefunden und 1 Hund als zugelaufen gemeldet. Birtenwerder, den 17. August 1921.
Der Amtsvorsteher. Jung.

Der Gemeindevorsteher Birtenwerder.

Die Urliste der in der hiesigen Gemeinde wohnhaften Personen, welche zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt im Rathaus, Zimmer Nr. 6, hieselbst eine Woche lang und zwar vom 20. August bis einschließlich 27. August 1921 von vormittags 8—12 Uhr zu jedermanns Einsicht aus. Birtenwerder, den 17. August 1921.
Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Gemeins. Bekanntmachung d. Gemeindevorsteher in Birtenwerder, Hoh. Neuendorf, Bergfelde, Borgsdorf.

Die in bedeutendem Umfange ständig fortschreitende Grundstücksparzellierung in der näheren und weiteren Umgebung von Berlin läßt es geboten erscheinen, die Interessenten ercent darauf hinzuweisen, daß sie Gefahr laufen, Enttäuschungen zu erfahren, wenn sie es bei dem Ankauf eines Grundstücks verabsäumen, sich an zuständiger Stelle über alle in Frage kommenden Verhältnisse eingehend zu erkundigen.

Durch günstige Angebote wird oftmals in den Kaufmännern der Glaube erweckt, als handele es sich bei der zu erwerbenden Parzelle um eine Bankelle. Dies trifft jedoch vielfach nicht zu, weshalb den Kaufwilligen dringend zu raten ist, sich vor Abschluß des Kaufes über die tatsächlichen Verhältnisse im Einzelnen durch Nachfrage bei der Gemeinde, der Polizei oder deren Aufsichtsbehörden Gewißheit zu verschaffen.

Berlin, den 31. Dezember 1920.
Der Landrat des Kreises Niederbarnim.
gez. Schlemminger.

Birkenwerder, den 17. August 1921.
Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Hohen Neuendorf, den 17. August 1921.
Der Gemeindevorsteher. Stankewitz.

Bergfelde, den 17. August 1921.
Der Gemeindevorsteher. Kraeber.

Borgsdorf, den 17. August 1921.
Der Gemeindevorsteher. Koberwald.

Der Amtsvorsteher Hohen Neuendorf.

Ein brauner Dachhund ohne Halsband und Steuermark als zugelaufen gemeldet.
Ein kleines, braunes, ledernes Hundehalsband auf dem Wege von der Viktoriastr. bis zum Bahnhofs Stolpe verloren.

Schankerlaubnis.

Dem Gastwirt Friedrich Ebert ist die Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft für das Lokal Hauptstr. 80 hieselbst erteilt worden.

Hohen Neuendorf, den 17. August 1921.
Der Amtsvorsteher. Stankewitz.

Der Gemeindevorsteher Hohen Neuendorf.

Verkauf von Brennholz.
Durch den Verkauf des Notorenhauses ist die Gemeinde gezwungen, den hieselbst lagernden Brennholz abzugeben.
Es wird den Einwohnern nochmals anheimgestellt, sich ausreichend mit dem durchaus trockenem, gut brennenden Torf einzudecken, da zum Winter mit einer erheblichen Teuerung und Knappheit in Brennmaterialien zu rechnen ist. Der Preis beträgt 12,50 Mk. per Zentner. Aufschneide werden im Gemeindepark — Zimmer 15 — (Kartenausgabe) vormittags von 9—12 Uhr ausgegeben.
Hohen Neuendorf, den 17. August 1921.
Der Gemeindevorsteher. Stankewitz.

Vlond George über Oberschlesien.

Vlond George kam gestern auf die letzte Tagung des Obersten Rates zu sprechen und erklärte, es habe dort Fragen gegeben, die das Zusammenhalten der Allianz bedroht hätten. Große Benützung habe es daher hervorgerufen, daß gegen Ende der Zusammenkunft eine Entschlieung gefaßt worden sei, nach der die Allianz nicht nur fort-dauere, sondern gefestigter dastehen denn je.
Dann ging der Premierminister auf die schlesische Frage über und betonte, diese sei ihm niemals sehr schwierig erschienen, aber sie sei durch Vermengung anderer Elemente verwickelt gemacht worden, die sie zu einem recht bedrohlichen Problem gestaltet hätten. Es gebe viele Kreise der öffentlichen Meinung in Frankreich, die glaubten, daß die Wegnahme der Kohlen- und Eisenerze von Deutschland für die Sicherheit Frankreichs wesentlich sei. Er halte dies für einen Irrtum. Vlond George hob weiter hervor, daß Schließung keine polnische Forderung sei. Hier käme es bei der Besicherung nach der Grenze hin. Die Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten habe sich um das bedeutende Industriegebiet gedreht in dem die Städte deutsch, die Dörfer polnisch seien. Betrachte man aber das Gebiet als Ganzes, so handle es sich in Wirklichkeit um eine deutsche Mehrheit. Die industrielle Entwicklung, das Kapital und die Bevölkerung seien deutsch, so daß nach dem Prinzip „ein Mann eine Stimme“ das Gebiet den Deutschen zufallen müßte.

Polen protestiert.

Der Ministerrat beschloß, eine Note an die alliierten Großmächte zu richten, worin gegen die Verletzung der ober-schlesischen Frage Protest erhoben wird. Die Verletzung rufe einen nicht wieder gutzumachenden Schaden für die ober-schlesische Bevölkerung hervor, dies sei auf die Dauer unerträglich und beeinträchtige die Festigung des inneren Zustandes des Völkerrates.

Le Rond geht nach Oberschlesien zurück.

„Egzeclor“ erklärt, er möchte zu sein, die Nachricht, daß General Le Rond zurücktreten und nicht auf seinen Posten nach Oberschlesien zurückkehren werde, bestimmt zu demütigen.

Aufruf der Reichsregierung.

Die Entscheidung über Oberschlesien ist wider Erwarten nicht gefallen. Der Spruch ist verlag worden. Die Leidenszeit des ober-schlesischen Volkes hat ihr Ende noch nicht gefunden, es gilt in jähem Ausmaß weiter auszuhalten.
Oberschlesier! Unsere Sache ist gerecht. Die Gerechtigkeit wird und muß liegen, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung haben soll. Ihr habt euch mit übermütiger Beharrlichkeit für Deutschland ausgesprochen, und des Reiches Wohlergehen hängt davon ab, daß Oberschlesien kein Reiches verbleibt. Oberschlesier! Ihr habt bisher trotz schwerer Herausforderungen müherhafte Ruhe und Ordnung bewahrt. Die berechtigten Abwehr der Gewalttaten polnischer Injuranten hat euch die Welt nicht verargt. Bewahrt auch weiterhin die Selbstsücht, die euch bisher ausgezeichnet hat! Laßt die kühle Überlegung nicht schwinden und laßt euch durch nichts zu unüberlegten Handlungen verleiten, die eurer gerechten Sache nur Schaden bringen würden!
Mit euch hofft das ganze deutsche Volk, daß der Tag nicht fern ist, an dem die Schranken zwischen euch und dem Mutterlande wieder fallen, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wiedervereinigung Oberschlesiens mit Deutschland, dem es seit hohen Jahrhunderten angehört hat Anerkennung findet zum Vollen Oberschlesiens, des Deutschen Reiches, des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas und des Friedens der Welt.
Der Reichspräsident: Ebert. Die Reichsregierung Dr. Wirth.

Erste Lage zwischen England und Irland.

In den Friedensverhandlungen zwischen England und Irland ist, wie die Blätter melden, nach der Ablehnung der Vorschläge der britischen Regierung durch Devalera eine sehr ernste Lage entstanden.

Rückkehr 34 Deutscher aus Avignon.

Wie die Agentur Radio aus Avignon meldet, ist der dortigen Strafgefängnisverwaltung am Montag vormittag eine ministerielle Verfügung zugegangen, 34 Deutsche, drei Jugoslawen, einen Bulgaren und zwei Türken, die wegen Vergehen gegen das gemeine Recht bestraft worden waren, freizulassen. Der Kommandant des Militärgefängnisses hat sofort die Rückkehr der bei Marinearbeiten in Cuers-Biersee und bei der Verwaltung der Wasser- und Wälder des May beschaftigten Gefangenen anordnet. Die deutschen Gefangenen werden nach Mannheim geschickt werden.

König Peter von Serbien †.

König Peter von Serbien ist gestern (Dienstag) gestorben.

Die Danziger Vollbahnen in polnischer Hand.

Die Entscheidung des Oberkabinetts über die Eisenbahnen für Danzig ist außerordentlich unangenehm. Der Hafenaus-schluß erhält nominell alle Vollbahnen mit ihren Einrichtungen im Bezirk der eigentlichen Stadt Danzig. Der Freistaat erhält nur die Schmalspur- und Straßenbahnen, alle übrigen Vollspurbahnen im Freistaat bekommt Polen. Polen erhält aber auch die Verwaltung der Eisenbahnen des Hafenaus-schlusses und somit tatsächlich das gesamte Vollbahnwesen im Freistaat Danzig. Der Hafenaus-schluß erhält in der polnischen Eisenbahnverwaltung lediglich drei beratende Vertreter und der Freistaat nur einen solchen.

Der Senat wird gegen diese Entscheidung vermutlich Berufung beim Völkerrundrat einlegen, doch muß diese als aussichtslos bezeichnet werden. Die Entscheidung des englischen Oberkabinetts bedeutet nur ein Plakat auf die polnische Wunde in Oberschlesien. Finanzlich freilich kann diese Angelegenheit durch den Fortfall der Eisenbahnen bei ihrem großen Defizit für das Freistaatsbudget als Entlastung angesehen werden.

Die Polizeistunden-Verordnung aufgehoben.

Der Kabinettsrat hat sich mit der Frage der Verlängerung der während des Krieges erlassenen Polizeistunden befaßt. Die einschränkende Verordnung des Bundesrats, nach der für das gesamte Deutsche Reich die Polizeistunden nirgends länger als bis 1/2 12 Uhr wahren durfte, ist aufgehoben worden.

Der Wunderdoktor ist gestorben.

Aus Lüneburg geht die Meldung zu: Der „Wunderdoktor“ Schäfer ist in Radbruch bei Wiefen ist vorgestern nacht im Alter von 73 Jahren gestorben.

Birtenwerder.

* Das Fahrrad gestohlen wurde am Montag abend dem Inhabler Herrn Wiebe, hieselbst, der dasselbe vorm Pensionshaus Kurgarten stehen hatte. Der Spürhund ist entkommen.

* Bei einer Inzgression wurden gestern durch die hiesige Polizei 2 Spighuben festgenommen, die während der Nacht beim Geschäftsinhaber Lauter in Dravienburg, Ecke Havelstraße Kleidungstücke (2 Anzüge) aus dessen Schaufasten entwendeten, dabei jedoch gefaßt wurden und die Flucht ergriffen. Ein Teil der gestohlenen Sachen — den Rest hatte der entkommene Dritte — konnte den Verhafteten von unserer Polizei abgenommen werden.

* Freiwillige Sanitätskolonne. Am vergangenen Freitag fand die Abrechnung über das kürzlich im Restaurant „St. Hubertus“ abgehaltene Sommerfest statt; es ergab sich ein Reingewinn von 1582,90 Mark. Allen Spendern und Teilnehmern sei an dieser Stelle nochmals Dank gesagt. Ferner wurde beschlossen, am kommenden Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr ein gemütliches Beisammensein im Restaurant Hertel in Borgsdorf abzuhalten. Zu gemeinsamer Fußtour nach dort veranlassen sich die Kameraden um 1/2 Uhr an Bahnhof, während die Damen mit den Bügen 3,49 und 4,09 Uhr das Ziel bequem erreichen können. Es wird um recht zahlreiche Beteiligung gebeten, auch inaktive Mitglieder mit ihren Damen sind herzlich willkommen.

* Die Staatszuschüsse zu den höheren Schulen bilden jetzt häufig in den Ortsverwaltungen den Gegenstand von Erörterungen. Die Regierungen bebingen sich als Gegenleistung die Ernennung eines Teils der akademischen Lehrer und die Genehmigung der Höhe des Schulgebüdes. In der Regel werden die Schulgebüde von den Regierungen so ermäßigt, daß die Zuschüsse viel von ihrem Wert verlieren. Es mehren sich deshalb die Fälle, in welchen die Gemeinden auf die staatlichen Zuschüsse verzichten, um in der Ernennung der Lehrer und in der Festsetzung des Schulgebüdes freie Hand zu haben.

* Gefälschte Einkommensteuermarken werden immer noch in verschiedenen Betrieben, großen und kleinen, verwendet. Bei der Aufdeckung der Fälschungen vor einigen Monaten, über die wir feinerzeit berichteten, ergaben die Ermittlungen, daß Inhaber kleiner Betriebe und Angestellte von Großbetrieben falsche Marken in großer Menge erworben hatten. Es wurde damals öffentlich gewarnt, die falschen Steuermarken weiter zu lieben. Trotzdem aber werden sie, wie inzwischen viele Revisionen festgestellt haben, immer noch weiter verwendet. Diese Mißachtung der öffentlichen Warnung wird für die Beteiligten ein unangenehmes Nachspiel haben. Die als falsch erkannten Marken werden vernichtet und müssen durch echte ersetzt werden, und gegen alle, die sie verwendet haben, wird jetzt außerdem ein Strafverfahren eingeleitet.